

Aachen
Bielefeld
Bocholt
Bochum
Bonn
Bottrop
Castrop-Rauxel
Dortmund
Duisburg
Düren
Düsseldorf
Essen
Gelsenkirchen
Gladbeck
Gütersloh
Hagen
Hamm
Herford
Herne
Iserlohn
Krefeld
Köln
Leverkusen
Lüdenscheid
Marl
Minden
Mönchengladbach
Mülheim an der Ruhr
Münster
Nettetal
Neuss
Oberhausen
Recklinghausen
Remscheid
Siegen
Solingen
Viersen
Willich
Witten
Wuppertal

Inhalt

- 2-7 Im Fokus**
- Bericht von der virtuellen Mitgliederversammlung 2020 des Städtetages Nordrhein-Westfalen
 - Auftaktrede des scheidenden Vorsitzenden Thomas Hunsteger-Petermann
 - Schlusswort des neuen Vorsitzenden Pit Clausen
-
- 8-10 Aus den Städten**
- Dortmunder App unterstützt Gesundheitsämter bei Quarantäneüberwachung
 - Neue Beratung zu Klimafolgenanpassung für nordrhein-westfälische Kommunen
-
- 11 Gern gesehen**
- 365 Tage Eintritt frei im Heimat-Tierpark Olderdissen in Bielefeld
-
- 11-13 Fachinformationen**
-
- 14-15 Kaleidoskop**

Bericht von der virtuellen Mitgliederversammlung 2020 des Städtetages Nordrhein-Westfalen

Von Uwe Schippmann

„Für starke Städte in NRW“, unter diesem Motto fand die Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr statt – aufgrund der Corona-Pandemie jedoch zum ersten Mal virtuell und in verkürzter Form via Internet. Rund 200 Delegierte aus den Mitgliedsstädten und aus dem Kreis der außerordentlichen Mitglieder des Verbandes beteiligten sich an der alle zwei Jahre stattfindenden Veranstaltung – viele hatten sich über Computer, Tablets und mobile Geräte zugeschaltet. Persönlich und die Corona-bedingten Regeln beachtend waren lediglich die Spitzen des Städtetages NRW in einem TV-Studio in Düsseldorf zusammengekommen. Von dort aus wurden die Reden und Moderationen der Veranstaltung in Bild und Ton übertragen. Wortmeldungen der Delegierten waren über eine Chatfunktion möglich. Nach den Plänen vor Corona wäre die Stadt Essen Ende Mai Gastgeber der Mitgliederversammlung gewesen. Bei der virtuellen Versammlung präsentierte sich Essen nun mit einem neuen Imagefilm, der die Stadt in einer stilvollen Bildercollage als lebenswert und zukunftsgerichtet zeigt.



Virtuelle Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen aus einem TV-Studio in Düsseldorf (Foto: Tobias Fricke/Städtetag NRW)

Im Fokus der virtuellen Mitgliederversammlung standen die Wahlen eines neuen Vorsitzenden und eines neuen stellvertretenden Vorsitzenden sowie die Wahlen von Vorstandsmitgliedern.

Der scheidende Vorsitzende, Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann aus Hamm, wandte sich in einer Rede an die Delegierten. Er begrüßte, dass die Landesregierung genau am Tag der Mitgliederversammlung des Städtetages NRW verkündet hatte, den Kommunen die Hälfte der Gewerbesteuer ausfälle durch die Corona-Krise zu ersetzen: „Wir haben in den ver-

gangenen Wochen immer wieder deutlich gemacht: Wir benötigen echte Finanzhilfen – frisches Geld, wie es so schön heißt.“

Außerdem lobte er das Konjunkturpaket des Bundes als ein beeindruckendes Signal an die Städte. Richtig, wichtig und gut seien aber auch die Landesmittel für den ÖPNV und mehr Investitionen des Landes in die Krankenhäuser. Mit den Krankenhaus-Investitionen werde eine Forderung des Städtetages NRW aufgegriffen und auf eine Mitfinanzierung durch die Kommunen in Höhe von 40 Prozent verzichtet. Die jetzt vom Kabinett verabschiedeten Maßnahmen ergänzten das in den vergangenen Wochen auf den Weg gebrachte Kommunalschutz-Paket des Landes. Damit leiste das Land einen wichtigen Beitrag, um die Investitionsfähigkeit der Städte in der Krise zu sichern.

Beim Thema kommunale Altschulden sieht Hunsteger-Petermann das Land weiter in der Verantwortung. Das Konjunkturpaket des Bundes könne zwar helfen, einen Teil dieser Verschuldung der NRW-Städte zu reduzieren. Und die Städte hätten ja selbst jahrelang viel für eine Konsolidierung ihrer Haushalte getan. Jedoch müsse auch hier das Land mitziehen, damit es eine nachhaltige Lösung für den Altschuldenabbau gebe.

Hunsteger-Petermann betonte die wichtige Rolle der Städte in Nordrhein-Westfalen, die sich tagtäglich vor Ort als Manager in der Corona-Krise engagierten, um für Bürgerinnen und Bürger ein verlässlicher Anker zu sein. Der Städtetagsvorsitzende wies in seiner Rede auch noch einmal darauf hin, dass sich vor der Corona-Pandemie wohl kaum jemand hätte ausmalen können, welche tiefgreifende Veränderungen in so kurzer Zeit passieren können und erinnerte an die zeitweise menschenleeren Städte und die unbeschreibliche Dynamik der Ereignisse in diesen Tagen und Wochen. Im Zusammenhang damit dankte er den Beschäftigten in den Städten und den ehrenamtlich Engagierten, ohne deren Leistungen ein so gutes Krisenmanagement der Städte nicht möglich wäre.

Wechsel an der Spitze

Zum neuen Vorsitzenden des Städtetages Nordrhein-Westfalen und damit in das höchste Amt des kommunalen Spitzenverbandes wurde der Bielefelder Oberbürgermeister Pit Clausen von den Delegierten gewählt. Clausen ist seit 2009 Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld und Vorstandsmitglied des Städtetages. Er war bereits von 2016 bis 2018 Vorsitzender des



Pit Clausen, neuer Vorsitzender des Städtetages NRW und Oberbürgermeister aus Bielefeld; Thomas Hunsteger-Petermann, neuer stellvertretender Vorsitzender des Städtetages NRW und Oberbürgermeister aus Hamm, nach den Vorstandswahlen. (Foto: Tobias Fricke/Städtetag NRW)

Städtetages Nordrhein-Westfalen. In den Jahren von 2014 bis 2016 und seit 2018 engagierte er sich als stellvertretender Vorsitzender.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann aus Hamm, der zuvor das Amt des Vorsitzenden innehatte. Hunsteger-Petermann ist seit 1999 Oberbürgermeister der Stadt Hamm und seit 2002 Mitglied im Vorstand des Städtetages. In den vergangenen beiden Jahren war er Vorsitzender des Städtetages NRW und amtierte bereits von 2015 bis 2016 als Vorsitzender. Von 2016 bis 2018 wechselte er in das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden.

Von den Delegierten neu in den Vorstand gewählt worden ist: Frau Martina Ammann, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Rat der Stadt Duisburg. Die Delegierten bestätigten außerdem einen Teil der Vorstandsmitglieder, deren Wiederwahl turnusgemäß anstand: Bürgermeister Reiner Breuer, Neuss; Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, Bochum; Oberbürgermeister Thomas Geisel, Düsseldorf; Bürgermeister Gerhard Joksch, Münster; Oberbürgermeister Sören Link, Duisburg; Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz, Remscheid; Oberbürgermeister Frank Meyer, Krefeld; Oberbürgermeister Andreas Mucke, Wuppertal; Bürgermeister Steffen Mues, Siegen; Oberbürgermeister Daniel Schranz, Oberhausen; Oberbürgermeister Erik O. Schulz, Hagen; Oberbürgermeister Ashok Sridharan, Bonn; Bürgermeister Christoph Tesche, Recklinghausen; Bürgermeister Christian Wagner, Nettetal; Bürgermeister Andreas Wolter, Köln.

Grußwort Ministerpräsident

In einem am Beginn der Mitgliederversammlung als Videobotschaft eingespielten Grußwort bedauerte Ministerpräsident Armin Laschet, dass er wegen der

Corona-Pandemie nicht persönlich zu den Delegierten sprechen könne. Er verwies darauf, dass es hierzulande inzwischen zwar gut gelungen sei, die Corona-Pandemie einzudämmen. Gleichwohl müsse man sich darauf einstellen, mit dieser Bedrohung noch lange leben zu müssen. Die aktuellen Fälle im Kreis Gütersloh und Warendorf zeigten, dass alle wachsam bleiben müssten.

Mit den wirtschaftlichen Folgen würden zudem alle noch lange beschäftigt bleiben. Mit Konjunkturprogrammen, Kommunalschutzpaket, 2. Nachtragshaushalt 2020, Epidemiegesetz und Isoliergesetz sowie mit Soforthilfen für die Kommunen im Stärkungspakt sei das Land engagiert, den Städten in der schwierigen Lage zu helfen. Außerdem setze man auf passgenaue Förderprogramme für Kommunen und kommunale Unternehmen und freue sich über die Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft und andere Maßnahmen, die strukturell entlastend für die Kommunen wirkten. Hinzu käme nun noch die Übernahme der Hälfte der Gewerbesteuerausfälle der Kommunen durch das Land, während der Bund die andere Hälfte des Ausfalls übernimmt.

Pressekonferenz

Auf einer per Videokonferenz-Software ebenfalls virtuell ausgerichteten Pressekonferenz im Anschluss an die virtuelle Mitgliederversammlung, in nachfolgenden Interviews mit Journalistinnen und Journalisten vor Ort und in einer Pressemitteilung betonte der neue Vorsitzende, Oberbürgermeister Pit Clausen aus Bielefeld, die besondere Rolle Nordrhein-Westfalens als Städte-Land. „Es gibt kein Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland, das so durch seine Städte geprägt wird. Allein die Mitgliedsstädte des Städtetages Nordrhein-Westfalen repräsentieren mehr als 9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner.“ Deshalb sei der Städtetag



Pressekonferenz im Anschluss an die Mitgliederversammlung: V.l.n.r. Verena Göppert, ständige Stellvertreterin des Geschäftsführers und Leiterin des Dezernats Finanzen; Pit Clausen, neuer Vorsitzender des Städtetages NRW und Oberbürgermeister aus Bielefeld; Thomas Hunsteger-Petermann, neuer stellvertretender Vorsitzender des Städtetages NRW und Oberbürgermeister aus Hamm; Helmut Dedy, Geschäftsführer (Foto: Tobias Fricke/Städtetag NRW)

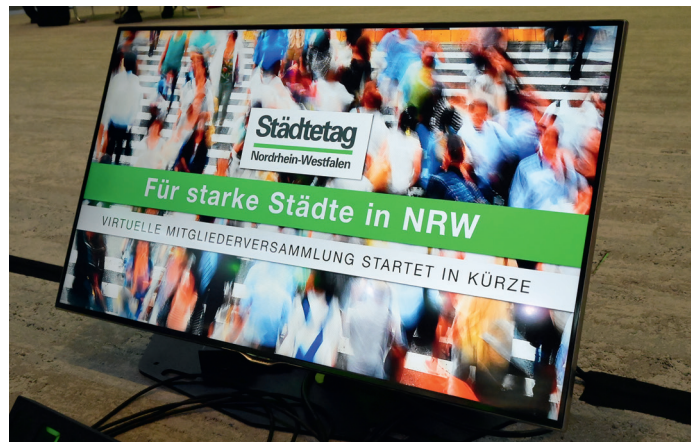
NRW als „Stimme der Städte“ ein wichtiger Ansprechpartner und auch Ratgeber für die Entscheidungen der Landesregierung – gerade hinsichtlich der vielen aktuellen Herausforderungen.

Clausen erläuterte, warum die Corona-Krise die Städte aktuell in schwierige Situationen bringt auch hinsichtlich ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit und nahm außerdem zu den finanziellen Hilfen von Land und Bund für die Kommunen Stellung: Angesichts dramatischer Steuerausfälle der Kommunen sprach er von „wirklich guten Signalen, damit die Städte nicht in die Krise hineinsparen müssen, sondern weiter investieren können.“ Dass das Land keine Lösung für die Altschulden der Kommunen anbiete, kritisierte der Städtetagsvorsitzende. Dieses Thema müsse angepackt werden, um den vielen in NRW betroffenen Städten eine bessere Perspektive zu verschaffen. „24 Milliarden Euro kommunale Altschulden sind für die zahlreichen betroffenen Städte in NRW eine schwere Hypothek. Das Land hat im Koalitionsvertrag versprochen, dieses Problem anzugehen. Die Städte erwarten hier nicht nur warme Worte, sondern Taten.“

Karstadt/Kaufhof

Angesichts der geplanten massenhaften Kaufhaus-schließungen forderte Clausen die Landesregierung auf, sich für den Erhalt möglichst vieler Filialen und der Arbeitsplätze von Karstadt Kaufhof einzusetzen. Hier dürfe noch nicht das letzte Wort gesprochen sein, so der Städtetagsvorsitzende: „Dass viele traditionsreiche Filialen von Karstadt Kaufhof schließen sollen, trifft die Städte hart. Denn mit diesen Kaufhäusern droht ein wichtiger Ort verloren zu gehen, wo sich Menschen versorgen und einander begegnen können. Der Verlust dieser Häuser und der Arbeitsplätze betrifft Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Kundschaft unmittelbar. Er wirkt sich aber auch auf Innenstädte und Stadtteilzentren aus. Als Städtetag sind wir mit dem Unternehmen, Gewerkschaften, dem Einzelhandel und anderen Akteuren in Kontakt, um zu retten, was zu retten ist. Es geht darum, einen Teil der Filialschließungen vielleicht doch noch zu verhindern. Wir appellieren an das Land, sich für den Erhalt möglichst vieler Filialen einzusetzen. Und wir erwarten vom Land, dass es sich für die Arbeitsplätze der Unternehmensgruppe Galeria Karstadt Kaufhof und weiterer Unternehmen der Signa-Gruppe einsetzt.“

Eine Ursache für geplante Schließungen dürften hohe Mietzahlungen sein. Gerade der Einzelhandel und die Gastronomie leiden besonders in der Corona-Pandemie darunter, dass große Immobilieneigentümer und Shopping-Center Mieten nicht reduzieren. Die Städte wollen zusammen mit Gastronomie, Handel, Touristik, Kultur, Veranstaltern zukunftsfähige Innenstadtkonzepte entwickeln. Dafür sei Unterstützung von Bund und



Ländern notwendig, insbesondere über die Städtebauförderung. Das Land sollte, wenn nötig, auch den Ankauf von Grundstücken finanziell unterstützen, um längerfristige Leerstände zu vermeiden.

Situation durch Corona ist zerbrechlich

Der Vorsitzende des Städtetages Nordrhein-Westfalen machte deutlich, dass sich die Städte durch die Corona-Krise während des Lockdowns stark verändert haben. „Wir wissen nicht, ob oder wann unsere Städte wieder so werden, wie sie vor der Krise waren. Wir haben sehr deutlich gespürt, wieviel Lebendigkeit verloren ging und wie wertvoll pulsierendes Leben in den Städten ist. Städte sind Orte der Begegnung und der Kommunikation. Unbeschwertes Stadtleben heißt Bummel durch die Läden, volle Cafés und Plätze. Die Situation ist durch Corona sehr zerbrechlich. Wir werden uns noch stärker engagieren müssen, mit guten Ideen und neuen zukunftsfähigen Konzepten Innenstädte und Stadtteilzentren für die Menschen attraktiv zu halten. Wir müssen dafür sorgen, dass Angebote von Gastronomie oder der freien Kulturszene nicht einfach von der Bildfläche verschwinden. Denn sie sind ein Wesenskern für lebendige Innenstädte.“

Die Corona-Krise mit all ihren Unsicherheiten hat auch gezeigt, wie entscheidend Vertrauen in die Politik und gerade in die Handlungsfähigkeit vor Ort sei, so der Städtetagsvorsitzende. „Wir müssen den Menschen Sicherheit geben. Die Menschen brauchen leistungsfähige Städte. Das hat sich in den vergangenen Wochen klar gezeigt. Das merken wir beispielsweise bei der wichtigen Rolle der Gesundheitsämter, die schnell und wirksam bei jedem Corona-Ausbruch agieren können, müssen. Das merken wir bei der digitalen Ausstattung der Schulen, bei den Kitas und vielen weiteren Angeboten der Daseinsvorsorge. Die Menschen erwarten, dass es läuft. Und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten Enormes“, so Clausen. Die Krise habe deutlich gezeigt, wo es schon gut läuft, wo aber auch Lücken seien, die wir schließen müssen. Auch dafür sei die Zusammenarbeit mit dem Land auf Augenhöhe nötig.

Auftaktrede des scheidenden Vorsitzenden Thomas Hunsteger-Petermann

Zum Jahresbeginn haben wir alle unsere Pläne gemacht. In den Städten, in den Rathäusern, im Land und auch im Privaten. Heute, noch kein halbes Jahr später, dürfte jeder von uns seine Pläne und Vorhaben in irgendeiner Form für irrwitzig halten. Kaum einer von uns konnte sich ausmalen, welche tiefgreifenden Veränderungen in so kurzer Zeit passieren könnten. Unsere Städte waren menschenleer. Das war manchmal ein Bild zum Schauern. Schritt für Schritt rücken wir jetzt wieder in die Normalität. Uns allen ist klar: die Ausnahmesituation bleibt und Corona ist nicht besiegt.

Ich bedanke mich bei allen, die mitgeholfen haben. Ich denke, ich übertreibe nicht, wenn ich sage, wir in den Städten haben die Krise maßgeblich gemanagt und gemeistert. Das ist auch Ihr Verdienst. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Gemeinsam war uns klar, gerade in der Krise müssen die Städte für die Bürgerinnen und Bürger der verlässliche Anker sein. Sie haben – jeder Einzelne von Ihnen – vor Ort Enormes geleistet. Sie haben in den Räten politisch Verantwortung übernommen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, verdient hohen Respekt und großen Dank.

Und ich möchte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Städten danken. Sie haben in dieser schwierigen Zeit mit angepackt. Von früh morgens bis spät abends und oft auch in der Nacht.

Dank gilt auch all denen, die unsere Städte am Laufen gehalten haben und auch im Ausnahmezustand für andere da sind. Danke auch an die vielen ehrenamtlich tätigen Menschen in unseren Städten.

Eine Krise zu bewältigen, das geht natürlich – meine sehr geehrten Damen und Herren – das merken wir alle im Moment – nicht allein. Sie wissen es, Bund und Land haben zu Beginn der Pandemie mit ihren Beschlüssen Verbote und Gebote formuliert. Wir waren fast täglich damit konfrontiert, dass neue Erlasse oder Änderungen an Rechtsverordnungen umgesetzt werden mussten.

Die Dynamik war unbeschreiblich. Die Aussage, die man morgens getroffen hatte, war abends manchmal auch schon wieder überholt. Es hat hier und da auch mal geruckelt mit dem Land und es brauchte Zeit, bis sich alles eingespielt hat. Wir alle waren im Krisenmodus – oder sind jetzt wieder oder noch im Krisenmodus mit dem Ziel unterwegs, die Situation jeden Tag nach bestem Wissen und Gewissen zu meistern. Das denke ich, ist entscheidend.



Blumen für den scheidenden Vorsitzenden Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann aus Hamm (Foto Tobias Fricke/Städtetag NRW)

Mittlerweile reagieren wir auf das Infektionsgeschehen regional und auch lokal. Und wir erleben gerade jetzt, dass wir auch überregional steuern müssen. Hier darf sich das Land nicht rausreden. Auch deshalb: Die Verantwortung aller bleibt. Vor allem dabei, die Auswirkungen der Krise zu bewältigen.

Der Bund hat die Dringlichkeit der Lage erkannt. Die Regierungskoalition hat mit dem Konjunkturpaket weitreichende Hilfen an die Städte zugesagt. Die zentralen Zusagen, weitere Anteile an den Unterkunftskosten für Arbeitslose zu übernehmen und die Hälfte der Gewerbesteuer ausfälle für das Jahr 2020 aufzufangen, stärkt die Städte in dieser schwierigen Zeit. Und das Land? Die Signale stimmen uns hoffnungsvoll. Das Land hat angekündigt, die Städte mit finanziellen Hilfen zu unterstützen. Das Land hat sich stark gemacht im Bund für das beschlossene Konjunkturpaket. Das erkennen wir ausdrücklich an.

Wir haben in den vergangenen Wochen aber auch immer wieder deutlich gemacht: Wir brauchen echte Finanzhilfen – frisches Geld, wie es so schön heißt. Deshalb freue ich mich und begrüße ausgesprochen, dass die Landesregierung heute verkündet hat, den Kommunen die Hälfte der Gewerbesteuer ausfälle zu ersetzen. Auch die Mittel für den ÖPNV und mehr Investitionen des Landes in die Krankenhäuser sind richtig. Dabei wird für Investitionen in die Krankenhäuser unsere Forderung aufgegriffen, auf eine Mitfinanzierung durch die Kommunen in Höhe von 40 Prozent zu verzichten. Auch das entlastet uns. Das ist ebenfalls gut. Diese Hilfsmaßnahmen des Landes können sich sehen lassen.

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann es uns allen nicht ersparen, ein Thema zu erwähnen, das natürlich bleibt: die Altschulden. Etwa 24 Milliarden Euro Kassenkredite lasten auf den Haushalten der

Städte in Nordrhein-Westfalen. Das Konjunkturpaket des Bundes kann helfen, einen Teil dieser Verschuldung zu reduzieren. Und die Städte selbst haben jahrelang viel dafür getan, ihre Haushalte zu konsolidieren. Wenn der Bund nun sagt, das ist kein Thema mehr für uns, dann darf das Land nicht achselzuckend sagen, wir brauchen hier nichts mehr zu tun.

Das Ziel des Altschuldenabbaus darf nicht in der Schublade verschwinden. Dafür sind die Lasten viel zu hoch. Wir brauchen eine nachhaltige Lösung mit konkreten Maßnahmen, die die Schuldenlast minimieren und neue Schulden verhindern. Mir ist klar, dass auch das Land mit der Krise zu kämpfen hat im. Klar ist aber auch: Die Städte vor Ort kurbeln ganz maßgeblich die

Wirtschaft an. Sie investieren, sie sind es, die Infrastruktur und Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sicherstellen. Sie garantieren die Teilhabe und die Lebensqualität. Wir dürfen unsere Städte nicht kaputtsparen. Hier leben die Menschen.

Wir sagen technisch Planungssicherheit. Aber letztlich verbirgt sich hinter allem doch mehr. Wir wollen und müssen Pläne machen für die Menschen in unserer Stadt. Wir müssen die Lebensqualität in unseren Städten halten und die Menschen müssen sicher sein, dass sie es gut haben, dass sie gerne bei uns in Nordrhein-Westfalen wohnen.

Ich danke Ihnen.“

Schlusswort des neuen Vorsitzenden Pit Clausen auf der virtuellen Mitgliederversammlung 2020

„Einen herzlichen Dank. Es ist schon ein bisschen trocken jetzt hier im Studio zu stehen und gar nicht in die entspannten, freudigen und begeisterten Gesichter der Mitgliederversammlung schauen zu können. Insofern freue ich mich darüber, dass wir demnächst mal wieder eine richtige Mitgliederversammlung haben werden, aber es wird noch ein bisschen dauern. Wir haben gerade eine Nachricht von Thomas Kufen aus Essen bekommen, der sagt: „Herzlichen Dank, wir sehen uns in Essen“. Wir freuen uns, lieber Thomas, auf ein Wiedersehen in Essen im Kreis aller Mitglieder und ich glaube, ich spreche in Ihrer aller Namen, dass uns diese Corona-Zeit auch schon ein bisschen auf die Nerven geht.

(Herr Clausen wendet sich an Herrn Hunsteger-Petermann)

Du hast, lieber Thomas, in den letzten zwei Jahren in einer sehr zielstrebigem Art, auch durchsetzungsstark, die Interessen der Städte in Nordrhein-Westfalen vertreten gegenüber der Landesregierung, aber auch im Präsidium des Deutschen Städtetages – wo du ja auch weiter aktiv bist –, gegenüber dem Bund und wir alle haben deine zielstrebige Herangehensweise sehr geschätzt. Vielen, vielen Dank für dieses ganz tolle Engagement.

Meine Damen und Herren, wir stehen in den nächsten Jahren als Städte vor vielfältigen Herausforderungen. Da ist die Digitalisierung, die Verkehrswende, der Klimawandel, die Zuwanderung – jetzt ist auch noch Corona oben draufgekommen. Es sind viele Herausforderungen, um die wir uns vor Ort kümmern müssen, und wir werden uns anstrengen müssen, damit die Ent-



Helmut Dedy, Geschäftsführer Städtetag NRW (Mitte) gratuliert Pit Clausen, neuer Vorsitzender des Städtetages NRW und Oberbürgermeister aus Bielefeld (links) und Thomas Hunsteger-Petermann, neuer stellvertretender Vorsitzender des Städtetages NRW und Oberbürgermeister aus Hamm. (Foto: Tobias Fricke/Städtetag NRW)

wicklungen der Städte tatsächlich auch eine Erfolgsgeschichte bleibt – wie sie es in den letzten Jahren gewesen ist.

Das Thema Corona überlagert vieles und ja wir merken, dass wir da ein Spannungsverhältnis haben: Einerseits uns kümmern zu müssen um den notwendigen Gesundheitsschutz, andererseits aber auch nicht aus dem Blick verlieren zu können, dass es um die Qualität der Lebensbedingungen und vieler anderer berechtigter Ansprüche unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger geht. Und man kann diesen Interessenwiderspruch nicht einfach wegzaubern.

Ich glaube, dass die Strategie sein muss, dass wir uns darauf einstellen, dass uns dieses Virus und diese Gesundheitsgefahr noch über einige Monate begleiten.

Daraus schlussfolgerte ich mit dem Vorstand des nordrheinwestfälischen Städtetages: Ja zu Lockerungen, aber bitte auch enge Beobachtungen der Entwicklungen in der sensiblen Infrastruktur. Alle weiteren Lockerungsschritte müssen von einer umfassenden Teststrategie auf Coronainfektionen begleitet werden. Wir brauchen Testungen auch von asymptomatischen Personen dort, wo Staat und Städten eine besondere Verantwortung für die Menschen zukommt: in Kitas, Schulen, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, im Rettungsdienst, in Flüchtlingsunterkünften oder Rathäusern. Und wir brauchen rechtliche Regelungen für solche Testungen und klare Kostenregelungen, sodass nicht wir als Städte auf diesem Thema sitzenbleiben. Das darf nicht sein.

Auf die Städte kommt es an. Vorort spielt die Musik. Bei der Bewältigung aller Herausforderungen, die ich gerade angesprochen habe. Wir können das, wir können die Bürgerinnen und Bürger gewinnen und motivieren mit zu tun, wir haben die Kompetenz, wir haben die Power, aber unsere Leitungsfähigkeit hängt an finanziellen Rahmenbedingungen und die sind in Zeiten der Corona-Krise mindestens angespannt. Darum bin ich froh, dass Bund und Länder den Städten finanzielle Unterstützung zugesagt haben, zum Beispiel durch die Erhöhung des Bundesanteils an den KDU, aber auch durch die Übernahme der Gewerbesteuerausfälle, die wir im Jahr 2020 erwarten müssen. Das hilft uns an vielen Stellen.

Mit Rettungsschirm und Altschulden gibt es aber auch wichtige Themen, die in den letzten Monaten liegen geblieben sind. Da müssen wir – und das ist mein Appell an die Landesregierung – aus dem Modus der Ankündigungen herauskommen und auch ein Miteinan-

der der Umsetzung finden. Es ist immer noch nicht beantwortet, wie wir mit der Grundsteuer perspektivisch umgehen sollen. Das ist zugegeben noch ein paar Jahre hin, aber die Vorbereitungen dafür dauern auch ein paar Jahre. Darum brauchen wir hier alsbald eine klare Positionierung der Landesregierung.

Die angekündigten Hilfen des Landes im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfinanzierung müssen konkretisiert werden. Wir brauchen eine Erhöhung der FlüAg-Pauschale und eine Kostenbeteiligung für hier geduldete Menschen. Dass faktisch noch nichts auf den Weg gebracht ist, ist nicht in Ordnung, sondern da fordern wir jetzt zeitnah die entsprechende Umsetzung, die uns in Aussicht gestellt worden ist. Aber ich will heute nicht meckern, sondern heute ist eigentlich ein Tag, um mit Zuversicht in die Zukunft zu schauen. Der Landtag bespricht heute weitere gute Hilfen, die uns vor Ort in die Lage versetzen werden, die vielfältigen Herausforderungen für die Bürgerinnen und Bürger erfolgreich anzugehen und zu meistern.

Mir bleibt ein herzliches Dankeschön. Ein Dankeschön an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie mitgemacht haben bei dieser Besonderen Mitgliederversammlung. Ein Dankeschön aber auch an das Team des nordrheinwestfälischen Städtetages, die Mitarbeitenden in der Geschäftsstelle – die sich auch richtig reingehängt haben – dieses besondere Format mit ein bisschen Leben zu füllen. Vielen, vielen Dank, dass Sie das gemacht haben.

Wir als Städte, wir als Städtetag werden die Interessen der Städte und ihrer Menschen mit ganzer Kraft vertreten. In diesem Sinne Ihnen allen ein herzliches Glück auf!“



Video-Grußwort des Ministerpräsidenten

Das Grußwort des Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalen anlässlich der Mitgliederversammlung 2020 an die Delegierten des Städtetages Nordrhein-Westfalen ist abrufbar unter:
<https://youtu.be/-luuXRis7ck>



Mitschnitt der virtuellen Mitgliederkonferenz

Der Gesamtmitschnitt der virtuellen Mitgliederversammlung steht unter:
<https://youtu.be/t7gQSUIDYUo>



Mitschnitt der Pressekonferenz

Die Pressekonferenz im Anschluss an die Mitgliederversammlung u.a. mit dem neuen Vorsitzenden, Oberbürgermeister Pit Clausen aus Bielefeld, dem neuen stellvertretenden Vorsitzenden, Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann aus Hamm, steht zur Verfügung unter:
<https://youtu.be/0Lmh2cXP2cA>

Dortmunder App unterstützt Gesundheitsämter bei Quarantäneüberwachung

Von Christine Siepe und Katrin Pinetzk

Durch das strenge Nachhalten der Infizierungsketten hat Corona bei den Gesundheitsämtern für viel Verwaltungsaufwand gesorgt: Wer sich mit Corona infiziert hat oder mit potenziell Infizierten Kontakt hatte, muss in die häusliche Quarantäne – und wird dabei regelmäßig vom Gesundheitsamt kontaktiert. Das bindet viel Personal. Erleichterung bringt die Digitalisierung.

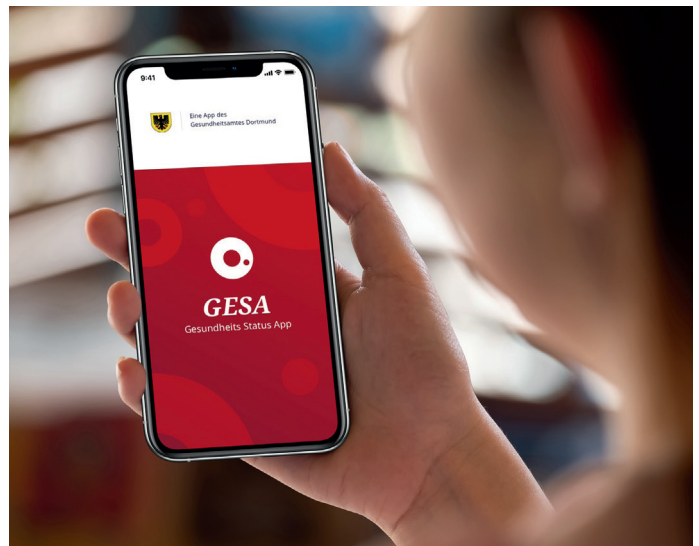
„Wie geht es Ihnen? Haben Sie erhöhte Temperatur? Was macht Ihre Atmung? Können Sie etwas schmecken?“ Erfährt das Gesundheitsamt von einer COVID-19-Infektion, ist es in der Pflicht, den aktuellen Gesundheitsstand der Patient*innen regelmäßig abzufragen. Und nicht nur das: Auch alle Kontaktpersonen müssen regelmäßig abtelefoniert werden. Die Zahl der Anrufe potenziert sich rasch: In Dortmund mussten sich bislang rund 7.000 Menschen in die 14-tägige Quarantäne begeben. Bei einem Anruf pro Tag ergibt dies 84.000 Telefongespräche, die das Gesundheitsamt führen muss, ganz gleich, ob sich eine Infizierung entwickelt hat oder nicht. Das ist mit dem vorhandenen Personal kaum zu schaffen. Dazu kommen weitere Fragen besorgter Bürger*innen, die sich telefonisch ans Gesundheitsamt wenden. Alle Anrufe und die sich daraus ergebenden Daten werden selbstverständlich dokumentiert, bisher auf Papier.

Bundesweit gibt es laut Robert-Koch-Institut über 186.000 Corona-Infizierte (Stand: 16.6.2020). Rechnet man bis Ende dieses Jahres mit insgesamt ca. 500.000 Fällen, werden die Gesundheitsämter ca. 2,5 Millionen Quarantäne-Fälle in diesem Jahr betreuen müssen. Ein riesiger und wiederkehrender Personal- und Verwaltungsaufwand. In dieser Situation gibt es nun digitale Unterstützung: Das Dortmunder IT-Unternehmen Materna Information & Communications SE hat die Quarantäne-App GESA entwickelt. GESA steht für GESundheitsStatus App. Im Einsatz ist sie bislang ausschließlich im Gesundheitsamt der Stadt Dortmund, wo die App erstmals in der Praxis getestet wird – geplant ist eine bundesweite Vermarktung. Als Entwicklungspartner darf die Stadt Dortmund die App samt der dazugehörigen Web-Lösung kostenfrei nutzen.

Was kann GESA und wie funktioniert die App?

Verfügbar ist die App ausschließlich für Patientinnen und Patienten in Quarantäne. Sie werden vom Gesundheitsamt für die Nutzung freigeschaltet – wenn sie das möchten. Die Teilnahme ist selbstverständlich freiwillig. Wer sich die App für Android oder iOS auf sein Smartphone geladen hat, erhält eine ID und eine PIN und

kann sich einloggen. Quarantäne-Patienten, die mitmachen möchten, tragen nun jeden Tag zu einer selbst gewählten Zeit in einen Online-Fragebogen ein, wie es ihnen geht und erledigen mit einem Klick, was sie ansonsten telefonisch beantworten würden. Anschließend senden sie diese Daten ans Gesundheitsamt. Die Datenübertragung vom Smartphone der Infizierten erfolgt anonymisiert und verschlüsselt über eine ID in die IT-Systeme des Gesundheitsamts. Dort verwalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Quarantäne-Fälle in einer Web-Applikation, also am Rechner.



GESA-App auf einem Smartphone (Foto: Materna)

Überblick auf Knopfdruck

Die Menschen während der Pandemie gut zu betreuen und zu beraten, ist den Gesundheitsämtern ein großes Anliegen. Jede und jeder Infizierte und alle Menschen in Quarantäne werden täglich kontaktiert, auch dann, wenn (noch) gar keine Infektion vorliegt oder sie mild verläuft, was bei immerhin 80 Prozent der Bevölkerung der Fall ist. Kein Wunder, dass nicht alle Betroffenen von der Notwendigkeit der Anrufe des Gesundheitsamts überzeugt sind. Andere Menschen fühlen sich gestört oder gar überwacht durch die regelmäßige Kontaktaufnahme. „Dennoch ist es für uns sehr wichtig, diese Daten zu erfassen. Wir brauchen sie“, sagt Dr. Frank Renken, Leiter des Dortmunder Gesundheitsamts. Die App GESA hilft seiner Behörde unter anderem dabei, Prioritäten zu setzen und sich auf die dringenden Anrufe zu konzentrieren: Auf einen Blick können die Mitarbeitenden nun die leichten von den



Aufforderung zum Abstand halten - weithin gut sichtbar auf dem Turm der ehemaligen Union-Brauerei in Dortmund (Foto: Adolf Winkelmann)

schwereren Fällen unterscheiden und können sich in ihrer Betreuung auf diejenigen konzentrieren, die es am dringendsten brauchen. Gibt eine Person in Quarantäne über den virtuellen Fragebogen zum Beispiel an, dass sie Fieber hat, erscheint dieser Fall den Mitarbeitenden im Gesundheitsamt in der Signalfarbe gelb und schaltet am nächsten Tag auf Rot, sobald das Fieber noch immer vorhanden ist.

Außerdem hat das Gesundheitsamt der Stadt Dortmund nun jederzeit automatisiert einen Überblick darüber, wie viele Menschen sich gerade in Quarantäne befinden. Dies war zuvor nur mit hohem manuellen

Zeitaufwand möglich. „Wir hatten keinen Knopf, auf den wir drücken konnten, um sofort zu wissen, wie viele Menschen am Stichtag in Quarantäne geschickt wurden“, sagt Dr. Frank Renken. „Dank der App können wir unsere Kapazitäten gezielt für dringliche Fälle einsetzen.“

„Dortmund zeigt seine digitale Stärke auch in der Krise“, sagt Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau, der im Jahr 2018 die Auszeichnung für Dortmund als „Digitalste Stadt“ von der Stiftung „Lebendige Stadt“ entgegennehmen konnte. Birgit Zoerner, Gesundheitsdezernentin und Leiterin des Krisenstabs der Stadt Dortmund, ergänzt: „Die Anwendung bedeutet eine deutliche Entlastung für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Aufgaben des Gesundheitsamtes in dieser schwierigen Zeit sind vielfältig. Diese Hilfe nehmen wir gerne an.“

Christine Siepe und Katrin Pinetzki
Presseamt der Stadt Dortmund

Die Pressekonferenz zur Vorstellung der neuen Quarantäne-App GESA vom 28. Mai 2020 wurde live gestreamt. Sie ist abrufbar unter

<https://www.youtube.com/watch?v=Dz8YCebUeA>

„Eildienst“ elektronisch nutzen oder per Newsletter beziehen

Die Publikation „Eildienst“ kann als PDF-Datei elektronisch genutzt oder per E-Mail bezogen werden. Interessenten können die aktuelle Ausgabe abrufen im Internetangebot des Städtetages Nordrhein-Westfalen unter <http://www.staedtetag-nrw.de/veroeffentlichungen/eildienst/index.html>

Alternativ dazu gibt es die Publikation „Eildienst“ auf Wunsch auch regelmäßig als Newsletter via E-Mail. Bestellungen dazu bitte unter presse-info@staedtetag-nrw.de

Neue Beratung zu Klimafolgenanpassung für nordrhein-westfälische Kommunen

Hitze, Stürme, Starkregen – das Team der „Kommunalberatung Klimafolgenanpassung NRW“ unterstützt gezielt Kommunen in Nordrhein-Westfalen dabei, in der Klimavorsorge aktiv zu werden oder ihr bisheriges Engagement zu verstärken.

Der Klimawandel ist allgegenwärtig. Extremwetterereignisse wie Starkregen, Stürme, Hitzewellen oder – wie aktuell wieder – Dürreperioden stellen uns auch in Nordrhein-Westfalen vermehrt vor große Herausforderungen. Kommunen sollten sich daher frühzeitig mit den möglichen Folgen des Klimawandels und den Maßnahmen zur Anpassung beschäftigen. Doch welche Maßnahmen sind überhaupt machbar? Wie können zukunftsfähige Projekte entwickelt werden? Und wie kann die Finanzierung aussehen? Unterstützung bei diesen und weiteren Fragen bietet die „Kommunalberatung Klimafolgenanpassung NRW“. Das Projekt wird vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Ziel ist es, Wissen zur Klimafolgenanpassung in der Kommunalverwaltung und -politik aufzubauen und die Umsetzung von integrierten Klimaanpassungskonzepten sowie konkreten Maßnahmen der Klimavorsorge vorzubereiten.

Kostenfreie Beratung digital und analog

Nordrhein-westfälische Städte können sich telefonisch und per E-Mail an die Kommunalberatung wenden und Fragen zur Initiierung, Durchführung und finanziellen Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels besprechen. Darüber hinaus bietet das Team vor Ort Beratungen für Verwaltungsmitarbeiter*innen an sowie einen Infovortrag für kommunalpolitische Gremien. Aufgrund der aktuellen Lage in Bezug auf Covid-19 werden die Angebote auch virtuell durchgeführt, beispielsweise in Form von Webinaren. Ohne großen technischen Aufwand für die Kommunen berät das Team „live am Bildschirm“. Alle Beratungsangebote stehen kostenfrei zur Verfügung.

projekteigenes Internetportal

Weitere Informationen bietet das projekteigene Internetportal mit einem aktuellen Überblick über die sich ständig verändernde Förderlandschaft, vorbildlichen



kommunalen Praxisbeispielen und weiteren Informationen speziell für nordrhein-westfälische Kommunen. Hier ist auch die neu entstandene Online-Broschüre „Klimawandel in Kommunen – jetzt vorsorgen und gestalten!“ zu finden, die im Rahmen der Kommunalberatung veröffentlicht wurde. Sie zeigt, wie sich der Klimawandel gegenwärtig auf Kommunen auswirkt. Zudem liefert ein quartalsmäßig erscheinender Newsletter kontinuierlich aktuelle Entwicklungen zum Thema.

Klimafolgenanpassung in der Verwaltung mitdenken

Das Angebot der „Kommunalberatung Klimafolgenanpassung NRW“ richtet sich sowohl an „Einsteigerkommunen“, die bisher keine oder nur wenige Anpassungsaktivitäten unternommen haben, als auch an Kommunen, die bereits klimaaktiv sind und sich weiterentwickeln wollen. Dabei gilt es, möglichst Synergien zu nutzen. Denn Klimaanpassung ist ein Querschnittsthema, das viele kommunale Fachbereiche betrifft und bei der Umsetzung von Maßnahmen lassen sich Synergien mit anderen Themen nutzen, zum Beispiel bei der Verkehrswende, der Quartiersentwicklung oder der emissionsarmen Stadtgestaltung. Es lohnt sich daher, die Folgen des Klimawandels bei ohnehin anstehenden Maßnahmen mitzudenken und in die Planung zu integrieren.

Jetzt aktiv werden und informieren!

Kommunalberatung Klimafolgenanpassung NRW
beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu)
Auf dem Hunnenrücken 3, 50668 Köln
Telefon: 0221/340 308 12
E-Mail: info@kommunalberatung-klimaanpassung-nrw.de
Web: www.kommunalberatung-klimaanpassung-nrw.de
Online-Broschüre „Klimawandel in Kommunen – jetzt vorsorgen und gestalten!“: difu.de/13359

365 Tage Eintritt frei im Heimat-Tierpark Olderdissen in Bielefeld

Von Oberbürgermeister Pit Clausen, Bielefeld

Nach Olderdissen zu kommen ist wie nach Hause zu kommen. Jedes Mal, wenn ich das Gelände des Tierparks betrete, ist es sofort da: dieses Gefühl, anzukommen, da zu sein, in Kontakt mit Mensch, Natur und Tier.

Der Tierpark Olderdissen liegt nur ein paar Kilometer von der Innenstadt Bielefelds entfernt, aber trotzdem mitten im Teutoburger Wald. Hier leben über 500 Tiere – Bären, Wölfe, Esel, Otter, Eulen, 38 Säugetierarten, 43 Vogelarten und sogar drei Fischarten. Die Tiere werden, so gut es geht, artgerecht gehalten. Das bleibt natürlich immer ein Kompromiss. Aber sie werden gut gepflegt und leben in Sicherheit. Und wir haben die Möglichkeit, sie kennenzulernen.

Er ist – eigentlich – von allen Seiten erreichbar. Aber seit Corona ist auch hier alles anders: Um die Besucherzahlen kontrollieren zu können (es dürfen immer nur 1000 zur selben Zeit hier sein), musste der Tierpark eingezäunt werden. Das schmerzt, denn das war eine der Besonderheiten dieses 16 Hektar großen Geländes mitten im Wald – viele Wege führten in den Tierpark. Noch schmerzhafter für mich als Oberbürgermeister war die achtwöchige, Corona-bedingte Schließung des Tierparks. Das hatte es in der 70jährigen Geschichte von Olderdissen noch nie gegeben.

Seit ein paar Wochen dürfen alle wieder hinein – und das ist eine weitere Besonderheit von Olderdissen: Der Eintritt ist frei – für alle! Jede und jeder soll kommen können, der Tierparkbesuch ist keine Frage des Geldes!

Bei der Wiedereröffnung war ich natürlich dabei – und bin seitdem stolzer Pate eines Hochlandrindes, das gerade ein paar Tage vorher auf die Welt gekommen war. Wenn ich jetzt in den Tierpark komme, gehe ich als erstes bei „Pit“ vorbei – und der fühlt sich ebenfalls pudel... nein hochlandrindwohl hier in Olderdissen.



Kleines Hochlandrind Pit mit einem Artgenossen im Heimat-Tierpark Olderdissen
(Foto: Stadt Bielefeld)

Verkehrsverbund Rhein-Ruhr unterstützt Städte beim P+R

Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) fördert als Zuwendungsgeber und Bewilligungsbehörde den Neu- und Ausbau von P+R-Anlagen im Verbundgebiet. Jetzt hat der VRR über diese kontinuierliche Förderung hinaus, ein Drei-Jahres-Sonderprogramm mit einer verbesserten Förderung aufgelegt. Über das Sonderprogramm können P+R-Anlagen mit Belegerfassung mit einem Fördersatz von 100 Prozent gefördert werden. Dies gilt auch für P+R-Anlagen, die schon in den Förderprogrammen 2020 und 2021 enthalten waren, aber noch nicht bewilligt sind. Durch die Erhöhung des Fördersatz von 90 Prozent auf 100 Prozent soll zur Stärkung der Verkehrswende der Eigenmitteleinsatz der Antragsteller am Verkehrsquellort deutlich minimiert werden. Ziel ist es, bereits dort den motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV/SPNV zu verlagern und damit einen effektiven Beitrag leisten, um in den

(Innen-) Städten den Autoverkehr und die daraus resultierenden Verkehrsprobleme zu reduzieren. Das Sonderprogramm hat ein Investitionsvolumen von 30 Millionen Euro.

Antragsberechtigt sind insbesondere Gemeinden, Gemeindeverbände, Eisenbahnunternehmen, öffentliche und private Verkehrsunternehmen sowie juristische Personen des privaten Rechts, die Zwecke des ÖPNV verfolgen. Als Koordinator für den ÖPNV unterstützt der Verbund Städte und Gemeinden als Aufgabenträger für P+R und bietet seine fachliche Unterstützung bei der Umsetzung von Maßnahmen in dem Bereich an.

Weitere Infos unter:

<https://t1p.de/oepnv-investitionen>

Fachinformationen

Publikation „Städte in Bewegung“ liefert Zahlen, Daten, Fakten zur Mobilität in 35 Städten

Für die Mobilität in der Stadt gibt die Verkehrswende ein Leitbild vor: eine Stadt, die allen mobilen Menschen gerecht wird – nicht nur Menschen in Automobilen –, mit hoher Lebensqualität, ohne Klima, Umwelt und Gesundheit zu belasten. Die Ausarbeitung „Städte in Bewegung“ liefert nun Zahlen, Daten und Fakten, wie weit die Verkehrswende in den Städten inzwischen fortgeschritten ist – und wie viel noch zu tun ist. Die verwendeten Daten stammen aus der Studie „Mobilität in Deutschland“ und sind 2017, also kurz vor Corona erhoben worden. „Mobilität in Deutschland“ ist die hierzulande größte Mobilitätsbefragung und stellt reprä-

sentative Daten über die Alltagsmobilität der deutschen Bevölkerung bereit. Für „Städte in Bewegung“ wurden im Auftrag der Agora Verkehrswende nun 35 Städte ausgewählt und Profile erarbeitet, die eine schnelle Übersicht über vielfältige Mobilitätskennziffern der ausgewählten Kommunen ermöglichen und einen Vergleich zwischen ihnen zulassen.

Städte in Bewegung ist abrufbar unter:
<https://t1p.de/bewegunginstaedten>

Migrationsrechtstage in Speyer behandeln Aufenthaltsrecht

„Rechtsfragen der Aufenthaltsbeendigung“ stehen im Mittelpunkt der 4. Speyerer Migrationsrechtstage an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften. Diese finden am 21. und 22. September 2020 statt. Hintergrund ist unter anderem das sogenannte „Geordnete Rückkehr-Gesetz“ das im August 2019 in Kraft trat. Neben Fragen der Ausweisung von Straftätern werden die Auswirkungen der neuen Duldung bei ungeklärter Identität und die Neuordnung der Vorbereitungs-, Sicherungs- und Abschiebungshaft diskutiert. Die Tagung will zudem über die zahlreichen Neuregelungen des „Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ hinausblicken und sich den allgemeinen rechtlichen Grundfragen der Aufenthaltsbeendigung zuwenden. Dabei geht es auf um die Frage, ob und inwieweit die gesetzlichen

Regelungen geeignet sind, um die Ausreisepflicht durchzusetzen, scheitert diese doch oftmals an fehlenden Kapazitäten – sei es in den für die Umsetzung zuständigen Behörden, sei es bei der Organisation der Ausreise als solcher. Derzeit plant der Veranstalter eine Vor-Ort-Durchführung der Tagung, es soll aber auch die Möglichkeit geben, sich online zuzuschalten. Eine Umstellung auf eine vollständige Online-Durchführung bleibt für den Fall einer pandemiebedingten Notwendigkeit vorbehalten.“

Weitere Informationen unter:
<https://t1p.de/migrationsrechtstage>

Förderprogramm will Brachflächen für den Wohnungsbau aktivieren

Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Iserlohn und Recklinghausen gehören zu den 17 NRW-Städten, die ab sofort von dem Förderinstrument „Bau.Land.Partner“ des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung profitieren. Das Programm soll helfen, Hemmnisse bei der Aktivierung von ungenutzten und brachgefallenen Grundstücken zu beseitigen und die Brachflächen gemeinsam mit den Kommunen und Grundstückseigentümern zu neuem Leben zu erwecken. Das Förderinstrument bietet dafür ein umfassendes Beratungs- und Unterstützungsangebot für die Kommunen durch die landeseigene Entwicklungsgesellschaft NRW.URBAN und die BahnflächenEntwicklungsgesellschaft (BEG NRW).

Bau.Land.Partner ist ein Unterstützungsinstrument der Initiative „Bau.Land.Leben“ des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen. An dem Förderinstrument Bau.Land.Partner (früher Flächenpool NRW) beteiligen sich bereits 72 Städte und Gemeinden mit 242 Standorten und einem Entwicklungspotenzial von 1.380 Hektar Fläche. Davon konnten 711 Hektar für die Zielnutzung Wohnen identifiziert werden.

Weitere Informationen zum Unterstützungsangebot unter:
www.baulandleben.nrw

Änderungen der Verwaltungsvorschriften zum Landeshundegesetz geplant

Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MULNV) plant eine Änderung der Verwaltungsvorschriften zum Landeshundegesetz (VV LHundG NRW). Die Überarbeitung enthält in erster Linie die Aufnahme bzw. Einarbeitung wichtiger Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Münster, die seit der letzten Überarbeitung im Jahre 2017 bekannt geworden sind. Darüber hinaus enthält der Entwurf Änderungen, die sich aus einer Abfrage der Bezirksregierungen und des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) im Jahre 2019 ergeben haben. Der Schwerpunkt der Änderungen und Ergänzungen findet sich in Teil II, Nr. 3 (gefährliche Hunde). Zur Erleichte-

rung des Abgleichs zwischen der alten und neuen Fassung der Verwaltungsvorschriften sind die Änderungen im Änderungsmodus kenntlich gemacht. Der Städtetag Nordrhein-Westfalen hat bis zum 17. Juni 2020 Anmerkungen der Mitgliedsstädte zu den Änderungsplänen gesammelt und wird dazu eine Stellungnahme an das Ministerium erarbeiten.

Informationen zu den geplanten Änderungen unter:
<https://t1p.de/landeshundegesetz>

OZG-Umsetzung: Wirtschafts-Service-Portal NRW sucht kommunale Unterstützung

Das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIDE-NRW) sucht zur OZG-Umsetzung bestimmter kommunaler Leistungen im Wirtschafts-Service-Portal NRW im zweiten Halbjahr 2020 die Unterstützung kommunaler Fachexpertinnen und -experten. Darauf hat der Dachverband kommunaler IT-Dienstleister (KDN) hingewiesen. Der Aufwand wird auf dreimal 0,5 Tage geschätzt. Die Termine finden als Videokonferenz statt. Es handelt sich schwerpunktmäßig um folgende Leistungen:

- Erlaubnis und Anzeige Pfandleihgewerbe § 34 GewO 15.07.–15.08.2020
- Gaststättenerlaubnis GastG 15.08.–30.09.2020

- Erlaubnis und Anzeige Reisegewerbe §§ 55 ff. GewO 01.10.–15.12.2020
- Reserve: Anzeigen / Erlaubnisse Prostitutionsbetriebe / Veranstaltungen / Fahrzeuge ProstSchG Ab 01.12.2020, ggf. 1. Quartal 2021

Die kommunalen Fachexpertinnen und -experten sollten Interesse haben, die Digitalisierung dieser Leistungen mitzugestalten. Interessentinnen und Interessenten an einer Mitarbeit melden Sie sich bitte direkt bei Frau Jenny Hutcap, KDN - Dachverband kommunaler IT-Dienstleister Kompetenzzentrum Digitalisierung Mühlenstr. 51 (Kreishausareal) 53721 Siegburg, Tel. 02241 999 1186

Projekte und Konzepte zur Verkehrswende im öffentlichen Raum gesucht

Die Vereinigung für Stadt- Regional- und Landesplanung (SRL) e.V. lobt in Kooperation mit dem ökologischen Verkehrsclub VCD 2020 den Deutschen Verkehrsplanungspreis aus. Gesucht werden Projekte und Konzepte, die Kooperationen in der Stadt- und Verkehrsplanung anstoßen und sich gleichermaßen durch eine integrierte Stadt- und Verkehrsplanung, hohe Gestaltqualität und verbesserte Umweltsituation auszeichnen. Dies können sowohl quartiersbezogene als auch gesamtstädtische Lösungen zum Management des ruhenden Individualverkehrs, u.a. Pkw, Fahrrad und eScooter, sein. Dabei sollen die wachsenden Flächenansprüche des Fuß- und Radverkehrs

sowie des öffentlichen Verkehrs berücksichtigt wie auch den Anforderungen an lebenswerte Stadträume und Klimaanpassungsmaßnahmen Rechnung getragen werden. Die Einreichungsfrist endet am 1. September 2020, 12:00 Uhr. Die Preisvergabe erfolgt im Rahmen der SRL-Jahrestagung am 19. November in Karlsruhe.

Nähere Informationen unter:
https://srl.de/dateien/dokumente/de/SRL-Verkehrsplanungspreis_2020.pdf

Bochum will Eltern mehr flexible Betreuung bieten

Bochum will die flexible Kita-Betreuung ausbauen. Bis Mitte 2021 sollen zehn Einrichtungen im Stadtgebiet Kinder auch zu Randzeiten wie am frühen Morgen, am späten Nachmittag oder am Wochenende betreuen können. Bisher gibt es in Bochum drei solcher „Flexkitas“. Die „Flexible Kita im Stadtbezirk“ ist eine von 50 Kernaktivitäten der Bochum-Strategie. Durch die Novellierung des Kinderbildungsgesetzes zahlt das Land

NRW einen Zuschuss zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten.

Infos unter:
www.bochum.de

20 Halden in Dortmund, Gelsenkirchen, Hamm sollen Natur- und Erlebnissräume werden

Der Regionalverband Ruhr (RVR) übernimmt 20 Halden der Ruhrkohle (RAG) mit einer Gesamtfläche von 1.149 Hektar. Sie sollen hauptsächlich als Natur- und Erlebnissräume ausgebaut werden und die grüne Infrastruktur der Region ergänzen. Einige der Halden sind bereits öffentlich zugänglich und werden zu Freizeit- und Tourismuszwecken, zur Naherholung oder Energiegewinnung genutzt. Im kommenden Jahr will der RVR bereits neun Halden mit einer Fläche von 380 Hektar übernehmen. Lohberg Nord (Dinslaken), Scholwer Feld (Gelsenkirchen), Rungenberg (Gelsenkirchen), Mottbruch (Gladbeck), Graf Moltke 2 (Gladbeck), Elsa-Brändström-Straße (Lünen/Dortmund), Blumenthal 8 (Oer-Erkenschwick), Humbert (Hamm), Groppenbruch (Dortmund). Andere Halden stehen noch unter Bergaufsicht und bleiben dem Menschen im Ruhrgebiet erst einmal verschlossen. Die Abschlussbetriebsplanverfahren werden schrittweise bis 2035 beendet. Innerhalb der nächsten 15 Jahre werden die Halden Haniel (Bottrop), Kanalband – Haus Aden (Bergkamen), Brink-

fortsheide (Marl), Lohberg Nord Erweiterung (Hünxe), Sundern (Hamm), Radbod (Hamm), Scholven (Gelsenkirchen), Kohlenhuck (Moers), Graf Moltke 1 (Gladbeck), Wehofen Ost (Dinslaken/Duisburg) sowie Rossenray (Kamp-Lintfort) Stück für Stück an den RVR übergeben.

Der Bewirtschaftungsaufwand für Pflege von Landschaft und Wegesystemen beträgt für zwanzig Halden rund 1,4 Millionen Euro jährlich. Die RAG wird sich zur Hälfte an dem Pflegeaufwand beteiligen. Um die Halden für Tourismus, Freizeit oder ökologische Nutzung zu qualifizieren, sind laut Gutachten Investitionen in Höhe von rund 50,4 Millionen Euro nötig. Der RVR wird versuchen, hierfür Fördermittel zu akquirieren.

Weitere Information sowie Fotos unter:
www.presse.rvr.ruhr

Essen entwickelt Wahrscheinlichkeitsberechnung von Corona-Infektionen

Die Stadt Essen und die Universitätsmedizin Essen haben ein Berechnungsmodell entwickelt, mit dessen Hilfe die Wahrscheinlichkeit einer Corona-Infektion ermittelt werden kann. Grundlage sind die Ergebnisse einer Befragung unter Essener Bürgern, bei denen der Verdacht einer Infektion bestand. In dem Fragebogen wurden die Gründe für eine Testung auf das Coronavirus, vorliegende Beschwerden und Symptome, Vorerkrankungen sowie der Verlauf der Symptome abgefragt. So ermittelten die Tester Indikatoren, die auf eine vermutliche

Erkrankung hindeuten. Besonders starke Unterscheidungsmerkmale zwischen testpositiven und testnegativen Personen waren z.B. Alter, Geschlecht, Verlust des Geschmacks- oder des Geruchssinns, enger Kontakt zu nachweislich infizierten Personen und Abgeschlagenheit. Zukünftig können die Behörden durch gezielte Befragungen erkennen, wer eine hohe Wahrscheinlichkeit hat, Corona-positiv zu sein. So können gezielter Tests durchgeführt werden. Bisher haben sich mehr als 2.000 Bürgerinnen und Bürger an der Befragung beteiligt.

„Stadt und Krise – Gedanken zur Zukunft“ – Sonderausgabe des Difu anlässlich der Corona-Pandemie veröffentlicht

Was bedeutet die Corona-Pandemie für die Gesellschaft, insbesondere für die Kommunen? Ist die Stadt nach der Krise eine andere? Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) veröffentlicht Perspektiven von Difu-Wissenschaftler*innen im Berichte-Sonderheft „Stadt und Krise – Gedanken zur Zukunft“. Der Gastbeitrag „Wir brauchen starke Städte und Gemeinden“ stammt aus der Feder des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetages Helmut Dedy und befasst sich perspektivisch mit der Handlungsfähigkeit von Städten und Gemeinden im Kontext der Corona-Krise.

Ein Beitrag stellt sich der Frage, wie städtische Kommunikation kontaktfrei erfolgen kann und blickt in dem

Zusammenhang auf Online-Veranstaltungen in der Kommunalpraxis. Weitere Texte beschreiben die Coronafolgen für die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft in den Städten, die Verkehrswende oder auch den Klimaschutz und Klimaanpassung. Eine weitere Frage ist, wie sich die Corona-Krise womöglich als Chance für die Städte nutzen lässt und was ihre Auswirkungen auf das Stadt-Land-Verhältnis sind.

Das Sonderheft ist abrufbar unter:
www.difu.de/15533

Bewerbungen für den Deutschen Mobilitätspreis 2020 gesucht

Die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) suchen ab sofort innovative Leuchtturmprojekte und kreative Ideen, die das Potenzial digitaler Vernetzung für die Mobilität der Zukunft nutzen – aktuell insbesondere unter sich wandelnden Rahmenbedingungen wie der aktuellen Corona-Pandemie. Der Preis 2020 steht unter dem Motto „Intelligent unterwegs: Gemeinsam. Vernetzt. Mobil“. Ob künstliche Intelligenz zur Optimierung von Logistikketten, Algorithmen zur Anpassung des öffentlichen Personenverkehrs an neue Abstandsregeln oder vernetzte Plattformen für intermodale Mobilitätsdienste: Digitale Vernetzung bietet große Chancen für die Gestaltung der Mobilität. Potenzielle Preisträger können sich online bewerben bis 07.07.2020.

Unternehmen, Start-ups, Städte und Gemeinden, Universitäten oder Forschungsinstitutionen mit Sitz in Deutschland können mit ihren bereits erfolgreich umgesetzten Leuchtturmprojekten am Best-Practice-Wettbewerb teilnehmen. Zeitgleich haben auch Bürgerinnen und Bürger die Chance auf eine Auszeichnung im Ideenwettbewerb.

Informationen zum Wettbewerb unter:
<https://land-der-ideen.de/wettbewerbe/deutscher-mobilitaetspreis>.

Ausstellung in Oberhausen zeigt „Panoramen der Industriekultur“

„Panoramen der Industriekultur – Landmarkenkunst mit Weitblick“ lautet der Titel der Ausstellung, die ab 26. Juni, im RVR-Besucherzentrum Emscher Landschaftspark Haus Ripshorst in Oberhausen zu sehen ist. Im Mittelpunkt der Route Industriekultur (RIK) stehen sechs großformatige Bilder des passionierten Ruhrgebietsfotografen Ludger Staudinger. Auf authentische Art und Weise zeigen sie Landmarken als prägende Objekte in der Landschaft auf der Route Industriekultur. Ergänzt wird die Ausstellung mit 360 Grad-Panoramen, die die Dimension dieser Landschaftsbauwerke erlebbar machen. Alle gezeigten Orte gehören zu den Top-

Panoramen und Aussichtspunkten auf der Route Industriekultur. Die Ausstellung ist bis zum 13. September im RVR-Besucherzentrum Emscher Landschaftspark Haus Ripshorst, Ripshorster Str. 306, 46117 Oberhausen zu sehen. Das RVR-Besucherzentrum ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

Infos unter :
www.ripshorst.rvr.ruhr



- Der Städtetag Nordrhein-Westfalen ist die Stimme der Städte im größten Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. In ihm haben sich 40 Städte – 23 kreisfreie und 17 kreisangehörige – mit neun Millionen Einwohnern zusammengeschlossen. Der kommunale Spitzenverband repräsentiert damit knapp die Hälfte der Bevölkerung des Landes.
- Der Städtetag Nordrhein-Westfalen nimmt aktiv die Interessen der Städte gegenüber dem Landtag, der Landesregierung und zahlreichen Organisationen wahr. Er vertritt die im Grundgesetz und der nordrhein-westfälischen Verfassung garantierte kommunale Selbstverwaltung.
- Der Städtetag Nordrhein-Westfalen berät seine Mitgliedstädte und informiert sie über alle kommunal bedeutsamen Vorgänge und Entwicklungen.
- Der Städtetag Nordrhein-Westfalen stellt den Erfahrungsaustausch zwischen seinen Mitgliedern her und fördert ihn in zahlreichen Gremien.

Impressum:

Eildienst – Informationen für Rat und Verwaltung

Herausgeber: Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonshaus, Gereonstraße 18-32, 50670 Köln
0221/3771-0 Fax 0221/3771-128

Telefon
E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
Twitter: [@staedtetag_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied: Helmut Dedy
Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung/Druck: Media Cologne GmbH, Hürth
Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,
Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495,
E-Mail: diederichs@medeya.de

Gedruckt auf Recyclingpapier

ISSN: 2364-0618

Köln, Juli 2020